

A photograph showing a coastal settlement with makeshift buildings made of concrete and corrugated metal. The foreground is a sandy beach littered with debris, including many old tires and plastic waste. A person is visible standing near one of the buildings. The ocean is in the background under a clear sky.

Südwind-Forderungen zur Weltklimakonferenz COP30 in Belém

Einleitung: Warum eine zivilgesellschaftliche Beteiligung essentiell ist

Südwind hat Beobachterstatus bei der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und damit Zugang zu den Verhandlungen zum Weltklimagipfel (Conference of the Parties – COP). In Belém wird Südwind als UNFCCC-Beobachter und Teil der offiziellen Regierungsdelegation Österreichs teilnehmen. Wir sehen die Anwesenheit zivilgesellschaftlicher Organisation als essentiell an, um Verhandler:innen direkt in die Verantwortung zu nehmen und die Integrität des Prozesses kritisch zu beobachten. Die Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen stellt nicht zuletzt einen wichtigen Gegenpol zu den versuchten Einflussnahmen von fossilen Konzernen dar.

Trotz zahlreicher kritischer Aspekte im Zusammenhang mit den UNFCCC-Verhandlungen, – wie etwa mangelhafte Logistik am Austragungsort, hohen Reisekosten und -Emissionen – ist es für Südwind der einzige Rahmen für die Staatengemeinde, um mit einer breiten Beteiligung zukunftsweisende klimapolitische Fragen zu verhandeln und gemeinsame Lösungswege zu beschließen. Vor allem für Vertreter:innen aus dem Globalen Süden stellen die Weltklimakonferenzen eine Möglichkeit dar, eine große Weltöffentlichkeit zu erreichen, auch wenn die Teilnahme oft mit Hürden verbunden ist. Dazu zählen hohe Kosten für Anreise und Unterkunft und starke Einschränkungen bei Visabestimmungen (vor allem hinsichtlich der Zwischenkonferenzen SBs in Bonn).

In den letzten Jahren mussten wir mit großer Sorge starke Einschränkungen der Zivilgesellschaft beobachten, vor allem bei den Weltklimakonferenzen in Aserbaidschan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten. Südwind setzt sich für eine breite Beteiligung ein, um die Verhandlungen kritisch zu beobachten und eine inklusive, gerechte Beteiligung sicherzustellen. Damit Stimmen von besonders vulnerablen Gruppen und von all jenen gehört werden, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind, muss die zivilgesellschaftliche Beteiligung erleichtert statt erschwert werden.

Als entwicklungspolitische Organisation unterstützt Südwind insbesondere Stimmen aus dem Globalen Süden auf der Klimakonferenz. Wir sind überzeugt, dass Klimaschutz als essentielle Herausforderung unserer Zeit eng verbunden ist mit allen politischen Fragen zu menschlichem Wohlbefinden und

Gerechtigkeit. Südwind konzentriert sich in seiner Arbeit zu Klimagerechtigkeit auf Fragestellungen und Verhandlungsthemen in Zusammenhang mit Entwicklungspolitik, Menschenrechten und gerechter Partizipation, die im Folgenden genauer vorgestellt werden.

1) Menschenrechte schützen, Raum für Zivilgesellschaft schaffen

Südwind setzt sich dafür ein, dass der Zugang zur Konferenz möglichst inklusiv ist und der Verhandlungsprozess selbst verbessert wird. Die Möglichkeit, die Verhandlungen genau zu beobachten und die Möglichkeit, Kritik ohne Angst vor Verfolgung einzubringen sind essentielle Voraussetzungen für Klimagerechtigkeit.

- **Reformen für seriöse Verhandlungen:** Um grundlegende Menschenrechte und die Integrität der Verhandlungen zu schützen, müssen in den Vereinbarungen zu den jeweiligen Gastgeberländern („Host Country Agreements“) bindende Menschenrechts-Schutzbestimmungen festgeschrieben werden. Gewalt und Einschüchterung gegen Menschen, die Umwelt und Land verteidigen, müssen konsequent geahndet werden.
- **Ausschluss von fossilen Lobbys:** Die Integrität der Verhandlungen erfordert Maßnahmen gegen die Vereinnahmung des UNFCCC-Prozesses durch Unternehmen („corporate capture“). Interessenkonflikte müssen offengelegt und Lobbyeinflüsse begrenzt werden. Dazu zählt die Einschränkung des Einflusses der emissionsintensivsten Industrien und der Ausschluss fossiler Unternehmen, die an ihrem Kerngeschäft festhalten („Kick Big Polluters Out“).
- **Anerkennung des People’s Summit:** Menschen aus dem Globalen Süden, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, sind am stärksten von der Klimakrise betroffen. Ebenso wie junge Menschen, die mit den Auswirkungen verfehlter Klimaschutzpolitik leben müssen. Umso wichtiger ist es, dass diese Stimmen in den Verhandlungen Raum finden. Der People’s Summit ist ein Treffen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen das parallel zum offiziellen Gipfel stattfindet, um alternative Perspektiven zu präsentieren. Dieses Forum als integraler Raum für die Partizipation von Betroffenen anerkannt werden, wo Lösungen formuliert und Forderungen in die offiziellen Verhandlungen eingebracht werden können.

2) Wälder und indigene Rechte

Wälder sind nicht nur zentrale Kohlenstoffspeicher, sondern Lebensräume und Lebensgrundlagen für Millionen von Menschen weltweit. Gerade auf der so genannten „Forest COP“ im brasilianischen Belém braucht es Fortschritte beim Kampf gegen Entwaldung und für den Schutz der Rechte von indigenen Gemeinschaften.

- **Stopp der Entwaldung und Waldschädigung bis 2030:** Alle Staaten müssen konkrete nationale Fahrpläne mit Zwischenzielen vorlegen, um Entwaldung und Waldschädigung bis 2030 zu beenden, im Einklang mit dem UAE Consensus der COP28 sowie den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens.
- **Anerkennung und Schutz der Rechte indigener Gemeinschaften:** Die kollektiven Landrechte indigener Gemeinschaften müssen als Grundlage für Waldschutz anerkannt werden. Dazu gehören das Recht, über die Nutzung und Bewirtschaftung von Wäldern und anderen Ökosystemen selbst zu bestimmen sowie der Schutz vor Landraub, Enteignung oder externem Zugriff auf ihre Gebiete. Indigene Gemeinschaften spielen eine zentrale Rolle beim Schutz von Biodiversität, Kohlenstoffspeichern und den sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Funktionen von Ökosystemen.

- **Fairer und direkter Zugang zu Klimafinanzierung für indigene Gemeinschaften:** Mittel zur Erhaltung und Wiederherstellung von Wäldern müssen direkt und barrierefrei zugänglich an indigene Gemeinschaften und lokale Akteur:innen fließen, die sich für den Schutz ihrer Territorien einsetzen. Mechanismen wie die sogenannte Tropical Forest Forever Facility (TFFF) können dann Schlüsselinstrumente sein, wenn ökologische und menschenrechtliche Standards eingehalten werden und zudem inklusive Strukturen sicherstellen, dass es eine indigene Vertretung in allen Entscheidungsgremien gibt. Ein Großteil der TFFF-Mittel müssen direkt an indigene und lokale Gemeinschaften fließen, über Mechanismen, die von ihnen selbst kontrolliert und gestaltet werden. Um Scheinlösungen zu vermeiden, sind Finanzierungen für fossile oder industrielle Projekte, Landraub oder andere waldschädigende Praktiken, etwa im Zusammenhang mit Emissionshandel, Kohlenstoffausgleichsprojekten oder industrieller Biomassenutzung zur Energiegewinnung, auszuschließen.
- **Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger:innen:** Staaten müssen Maßnahmen ergreifen, um Gewalt, Kriminalisierung und Einschüchterung gegen diejenigen zu stoppen, die Wälder und Land verteidigen. Ohne Sicherheit für diese Menschen gibt es keine Klimagerechtigkeit.

3) Just Transition, Inklusion und Gendergerechtigkeit

Klimaschutz muss stets Hand in Hand mit Menschenrechten, Armutsbekämpfung und Geschlechtergerechtigkeit gehen. Eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt ist Voraussetzung für die Wahrung grundlegender Menschenrechte.

- **Internationaler Mechanismus für Just Transition:** Die Staatengemeinde muss die Einrichtung eines Internationalen Mechanismus für Just Transition unterstützen, mit dem Ziel, einen gerechten, nachhaltigen Wandel über alle Sektoren und zwischen Ländern zu beschleunigen. Ein solcher Mechanismus muss Rechte-basiert sein, die gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten (Common But Differentiated Responsibilities and Respective Capabilities, CBDR-RC) umsetzen und die Erreichung der langfristigen Ziele des Pariser Abkommens ermöglichen.
- **Ganzheitliche Just-Transition-Politik:** Maßnahmen für einen gerechten Übergang müssen menschenwürdige Arbeit und Arbeitsrechte, einen inklusiven sozialen und wirtschaftlichen Dialog, sozialen Schutz sowie den Schutz der biologischen Vielfalt fördern. Die Rechte von Arbeiter:innen, Frauen, Indigenen Völkern, Jugendlichen und anderen marginalisierten Gruppen müssen im Mittelpunkt stehen. Dafür braucht es internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Finanzierung, Kapazitätsaufbau, Technologietransfer und strukturelle Reformen des internationalen Finanzsystems.
- **Starker Gender Action Plan (GAP):** Südwind fordert die Annahme eines starken und ambitionierten neuen Gender Action Plans. Die Perspektive von Frauen muss darin abgebildet sein und Frauen aktiv in Entscheidungen einbezogen werden. Gender muss als entscheidende Grundlage für alle Handlungsstränge (Just Transition, Adaptation, Finanzierung) betrachtet werden. Der Gender Action Plan muss Frauen als Akteur:innen für Klimagerechtigkeit sehen. Einerseits muss er Capacity Building stärken andererseits müssen alle Maßnahmen, die gesetzt werden, Frauen in ihrer Diversität mitdenken und einen sicheren und einfachen Zugang zu Ressourcen ermöglichen. Frauen müssen als wichtige Akteur:innen der Klimagerechtigkeit gesehen und gestärkt werden.
- **Rechte und Beteiligung:** Es muss die uneingeschränkte, gleichberechtigte und sichere Beteiligung von Frauen, indigenen Völkern, Jugendlichen und anderen marginalisierten Gruppen in allen Entscheidungs- und Planungsprozessen gewährleistet werden. Die Stimmen des Globalen Südens müssen Vorrang erhalten.

4) Gerechte Klimafinanzierung

Südwind fordert, dass die angekündigte „Roadmap Baku to Belém“, ein ernst zu nehmender Aktionsplan wird, der die Bedeutung von Zuschüssen statt Krediten heraushebt und auf öffentliche Mittel aufgebaut ist. Die COP29 in Baku war in Bezug auf Klimafinanzierung ein herber Rückschlag. Das zentrale Ziel, ein gerecht gestaltetes Klimafinanzierungsziel (NCQG – New Collective Quantified Goal on Climate Finance) festzulegen wurde verfehlt. Die festgelegten 300 Milliarden US-Dollar liegen weit unter den tatsächlichen Anforderungen von mindestens 1,3 Billionen US-Dollar pro Jahr und gleichen eher einer Inflationsanpassung.

- **Aktionsplan zur Umsetzung des NCQG:** Die COP30 muss dazu genutzt werden, die Lücken der Abschlusserklärung von Baku zu schließen. Die angekündigte „Baku to Belém Roadmap“ muss zu einem ambitionierten Aktionsplan werden, der die Wichtigkeit von öffentlichen Zuschüssen hervorhebt.
- **Höhe der Finanzierung:** Die Finanzierung muss dem tatsächlichen steigenden Bedarf gerecht werden, der für Anpassung, Klimaschutz sowie Schäden und Verluste im Globalen Süden zwischen 1 und 5 Billionen US-Dollar pro Jahr liegt.
- **Qualität der Finanzierung:** Die Finanzierung muss hauptsächlich aus öffentlichen Zuschüssen (Grants) bestehen, anstatt Schulden-generierende Kredite zu vergeben,. Es gilt sicherzustellen, dass der Kampf gegen die Klimakrise nicht zu einer neuen Schuldenfalle für Länder des Globalen Südens wird. Geldquellen aus dem Privatsektor bergen ein Risiko für Greenwashing und Intransparenz.
- **Finanzierung des Fonds für Schäden und Verluste (Loss & Damage Fund):** Der Fonds muss entsprechend der wachsenden Bedürfnisse finanziert werden, unter anderem durch neue Zusagen der Industriestaaten und innovative Finanzierungsquellen nach dem Verursacherprinzip (Polluter Pays Principle), wie neue Steuern und Abgaben.
- **Zugang ermöglichen:** Die am meisten betroffenen Communities und Länder des Globalen Südens brauchen einen sinnvollen, unbürokratischen und direkten Zugang für die dringend benötigte Unterstützung für Anpassung, Klimaschutz und Ausgleich für Schäden und Verluste.

Wien, November 2025